



Samstag, 13. April 2019

## **Lasst euch eure Bürgerrechte nicht nehmen und «Hütet Euch am Morgarten»**

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Freunde einer unabhängigen und neutralen Schweiz

Erlauben Sie mir eine Betrachtung der Sicherheitslage in Europa, welche sich seit dem Jahr 2005 entscheidend verändert beziehungsweise verschlechtert hat. Bewaffnete Kriminalität und Terrorismus haben in erschreckender Art und Weise zugenommen. Verübt wurden die Delikte fast ausschliesslich mit nicht registrierten Waffen in illegalem Besitz.

Besonders betroffen vom Terrorismus und von bewaffneter Kriminalität war und ist Frankreich. Erschreckend brutale Attentate wurden mit Schnellfeuerwaffen verübt. In fast allen Fällen wurden Kalaschnikow-Gewehre eingesetzt - Waffen, die in ganz Europa verboten sind.

Wie sieht es bei uns in der Schweiz aus? Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat am 24. Februar dieses Jahres zu Protokoll gegeben, dass es in der Schweiz keine Probleme mit registrierten Waffen gibt. Die Situation in der Schweiz ist also überhaupt nicht vergleichbar mit der in Europa. Im Gegenteil. Bei uns gab es im gleichen Zeitraum, also seit 2005, keine Terroranschläge oder schwere bewaffnete Kriminalität, schon gar nicht mit registrierten Waffen in legalem Besitz.

Vor diesem Hintergrund sollen wir nun eine rote Linie überschreiten, einen Point of no Return (PNR) setzen, Bürgerrechte abbauen und so den nachfolgenden Generationen Entscheidungsmöglichkeiten wegnehmen? Hier sagen wir Historische Schützen Schweiz ganz klar Nein.

Erlauben Sie mir einen Rückblick. In den 1950er-Jahren gründeten zunächst sechs Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Eine gezielte wirtschaftliche Verflechtung sollte militärische Konflikte für die Zukunft verhindern, den Frieden sichern. Der Wohlstand der Bürger sollte mit Wirtschaftswachstum gesteigert werden. Erweiterungsrounden folgten, mehrere Staaten traten der Gemeinschaft bei.

Ab 1985 wurden mit dem Schengener Abkommen die Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten geöffnet. 1989 änderte sich die geopolitische Lage in Europa grundlegend. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs ergaben sich Möglichkeiten für eine Erweiterung im Osten.

1992 wurde die Europäische Union gegründet, welche sich – vor allem seit den 1980er-Jahren – immer mehr Kompetenzen herausnimmt. 2002 wurde der Euro eingeführt. Seit 2016 gilt die Europäische Union als zweitgrösster Wirtschaftsraum, grösster Güterproduzent und grösste Handelsmacht der Welt. Heute sieht sie sich als Keil zwischen den USA und China.



## Und die Bürger?

Seit der Osterweiterung in den Jahren 2004 bis 2007 und der Migrationskrise seit 2015 ist in verschiedenen Mitgliedstaaten eine immer grösser werdende EU-Skepsis festzustellen, welche mit dem Brexit-Referendum von 2016 vorerst einen Höhepunkt erreicht hat. Seitdem versuchen die EU und das Vereinigte Königreich erfolglos, einen Brexit-Deal zustande zu bringen. Was hat denn David Cameron damals so Unglaubliches gefordert:

- stärkere nationale Parlamente,
- keine sofortige und automatische Sozialhilfe für alle.

Ein immer grösser werdender Teil der EU-Bürger ist nicht mehr zufrieden mit der Europäischen Union, wie sie heute gelebt wird.

Schon lange ist die Kernaufgabe – nämlich Frieden und einen gemeinsamen Markt zu schaffen, welcher allen Beteiligten Wohlstand beschert – in den Hintergrund getreten. Das supranationale Gebilde mischt sich in alle Belange seiner Staaten und deren Bürger ein und spielt seine Macht mit Drohgebärden aus.

Souveräne Staaten geben ihre soziale Verantwortung nach Brüssel ab, die sogenannten sozialen Zirkel sollen also in ganz Europa gleich funktionieren. In Brüssel wird mittels Gesetzen und Verordnungen bestimmt, wie sich beispielsweise ein österreichischer Bürger zu verhalten, was er zu tun oder zu lassen hat. Bürgerrechte werden nicht nur beschnitten, sondern zum Teil ignoriert. So gesehen ist es nachvollziehbar, dass sich immer mehr EU-Bürger auflehnen. Es wird immer offensichtlicher, dass die EU von innen her neu aufgebaut werden muss.

So sieht unser Vertragspartner, die Europäische Union, heute aus. Deutlich anders, als sie in den 1950er-Jahren angedacht worden ist.

Wie das supranationale Gebilde EU heute funktioniert, hat Jean-Claude Juncker Anfang 2015 dem französischen Nachrichtenmagazin «Le Figaro» verraten. Ich zitiere:

«Il ne peut y avoir de choix démocratique contre les traités européens. Es kann gegen die europäischen Verträge keine demokratischen Beschlüsse geben.»

Und dass der Handelspartner Schweiz «bevorzugt» behandelt wird, haben wir 2017 erfahren. Nachdem am 23. November dem EU-Kommissionspräsident die Zahlung einer weiteren Kohäsionsmilliarde in Aussicht gestellt worden ist – eine erste wurde ja bereits 2006 bezahlt –, bemerkte Juncker bei anschliessenden Gesprächen in freundschaftlicher Atmosphäre – alle Medien feierten damals den berühmten Millionenkuss – die zögerliche Haltung der Schweizer Politiker zum Rahmenabkommen. Er stellte fest, dass es den Schweizern mit dem Rahmenabkommen nicht ganz ernst war.



In der Folge nutzte die EU-Kommission diese zögerliche Haltung aus und beschloss, die schweizerische Gesetzgebung als gleichwertig mit der neuen EU-Gesetzgebung über Märkte für Finanzinstrumente anzuerkennen. Nur – dass, im Gegensatz zu den USA Hongkong und Australien, die einen unbegrenzten Zugang zu den EU-Börsen erhielten, – der Schweiz der Zugang auf ein Jahr beschränkt worden ist. So also geht die EU mit «Freunden» um! Ein Land stimmte übrigens gegen diese diskriminierende Entscheidung: England!

Wie sieht es aber in einigen Jahren aus? Mit was für einer EU verhandeln wir dann? Wir wissen es nicht, können aber erahnen, dass vieles anders sein wird. Wenn England, welches weltweit das fünftgrösste Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet – nach Deutschland das zweitgrösste BIP in der EU – den Brexit wirklich vollzogen hat, verändert dies doch einiges. Das Bruttoinlandsprodukt von Grossbritannien ist so gross wie das der 19 kleinsten EU-Staaten zusammen. Grossbritannien hat jährliche EU-Beiträge von etwa 10 Milliarden Euro gezahlt; diese werden im EU-Haushalt fehlen.

Was für politische Strömungen sich in der Union durchsetzen werden, wissen wir auch nicht. Dass Deutschland und Frankreich ihren Führungsanspruch nicht abgeben, ist hingegen fast sicher. So sicher wie die Tatsache, dass die zentralistische französische Demokratie mit unserer nicht kompatibel ist. Europa steuert auf ein immer zentralistischeres politisches Modell zu. Dagegen verlangen die Gelbwesten in Frankreich jetzt mehr Demokratie. In ihrem Manifest heisst das, ich zitiere:  
«Volksentscheide sind in die Verfassung aufzunehmen. Eine lesbare und effiziente Website soll geschaffen und durch ein unabhängiges Organ kontrolliert werden. Auf dieser Website können Menschen Gesetzesvorschläge einbringen. Wenn ein solcher Vorschlag 700 000 Unterschriften erhält, ist er von der Nationalversammlung zu diskutieren, zu ergänzen und gegebenenfalls mit Änderungsvorschlägen zu versehen. Die Nationalversammlung ist zu verpflichten, ihn – ein Jahr nach dem Stichtag der Erlangung der 700 000 Unterschriften – der Gesamtheit der Franzosen zur Abstimmung vorzulegen.»

Wenn wir ein Haus kaufen oder andere Investitionen tätigen, prüfen wir unseren Vertragspartner eingehend. Wir machen uns ein Bild von ihm und passen den Vertrag so an, **dass er auch für uns stimmt**. Warum machen wir das mit Staatsverträgen nicht auch so?

Wenn wir auch noch davon ausgehen, dass das Ergebnis eines Vertrags jeweils den kleinsten möglichen Nenner umfasst, dann müssen wir doch sehr vorsichtig sein, worauf wir uns einlassen, wenn wir mit der Europäischen Union verhandeln. Der Schweiz geht es in fast allen Belangen besser als den Ländern der EU. Wollen wir denn unser Land auf das allgemeine Niveau der EU senken?

Als die Schweiz 2005 die Schengen-Dublin-Verträge unterzeichnete, hat man sich auch auf den Vertragspartner, die EU, verlassen, ist davon ausgegangen, dass gilt, was in den Verträgen steht. Heute müssen wir feststellen, dass dem nicht so ist: Eine rote Linie wurde überschritten, ein PNR gesetzt!



HISTORISCHE  
SCHÜTZEN  
SCHWEIZ

TIREURS  
HISTORIQUES  
SUISSE

TIRATORI  
STORICI  
SVIZZERA

## **Lasst euch eure Bürgerrechte nicht nehmen**

Ich vertrete bei den Historischen Schützen Schweiz hier eine über 500-jährige Schützengesellschaft aus Genf, welche sich immer für Bürger und Staat eingesetzt hat, bei welcher Bürgerrechte und -pflichten als höchste Güter zählen und ein souveräner Staat als Garant für ebendiese essenziell wichtig ist.

Vor über 500 Jahren wurden wir als Teil der Verteidigungstruppen der Republik Genf von der damaligen Regierung ins Leben gerufen. Unsere Vorfahren haben mehrmals gegen Angreifer von aussen gekämpft und sich die Unabhängigkeit bewahrt. Seither sehen wir uns als Hüter der bewaffneten Neutralität, einer Neutralität, welche nun gefährdet ist. Wir ziehen eine rote Linie, wenn die Souveränität des Staates und die Freiheit der Bürger gefährdet sind, wenn der Staat an ein supranationales Gebilde angedockt werden soll. Dies hat nichts mit Abschottung oder Populismus zu tun. Genf ist der Sitz vieler internationaler Organisationen, die auch heute einen grossen Beitrag zum Weltfrieden leisten. In Genf wurden namhafte Organisationen gegründet wie das IKRK und die Société des Nations bzw. League of Nations, die dann 1945 zur UNO wurde.

In Genf und der Schweiz haben schon immer weltoffene Menschen gelebt. Gerade diese Weltoffenheit braucht eine starke Souveränität und ist Ausdruck der direkten Demokratie. Das demokratische Verständnis jedes Schweizer gilt es auch für die nächsten Generationen zu sichern.

Mit der Annahme des neuen Waffenrechts wird eine rote Linie überschritten! Eine automatische Rechtsübernahme wird vollzogen, wir unterwerfen uns dem Verfahrensrecht der Europäischen Union. Bundesrätin Sommaruga wurde darüber im Nationalrat befragt. Ihre Aussage wurde damals, am 17. September 2018, wie folgt protokolliert:

*« Pour moi, ce qui compte, c'est ce qui est écrit dans l'accord. Que le Conseil fédéral ait dit quelque chose ou non, franchement, je ne le sais pas. Vous savez, dans un Etat de droit, ce qui compte, c'est ce qui est écrit dans l'accord. »*

In jedem Rechtsstaat gilt das geschriebene Wort. Was der Bundesrat untereinander bespricht oder hier und dort sagt, ist nicht relevant.



Dürfen wir unseren Politikern nicht mehr glauben? Muss jedes Wort protokolliert und vor allem kontrolliert werden? Gilt ein Wort nichts mehr?

Vor diesem Hintergrund soll ein Automatismus entstehen, welcher die zwingende Übernahme aller «Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands» vorschreibt. Bei uns wird nun viel über diese «Weiterentwicklung» **gesprochen**, sie wird verharmlost. Schlussendlich wird aber das **geschriebene** Wort zählen. Geschrieben wird – ohne Schweizer Beteiligung – in Brüssel. Uns wird einzig bleiben, zu gehorchen! Genauso werden unsere Bürgerrechte weiter abgebaut werden.

Wir und unsere Nachkommen verlieren die Selbstbestimmung, ein PNR ist gesetzt. Änderungen sind kaum mehr möglich, denn was es bedeutet, Vereinbarungen mit der EU zu revidieren, können wir täglich live im Fernsehen beobachten. Wenn wir einmal dabei sind, gibt es kein Zurück mehr.

Bedenklich stimmt uns Historische Schützen Schweiz, dass die Verschärfung des Waffenrechts als «kleine Anpassung ohne grosse Auswirkungen» verharmlost und nicht als PNR erkannt wird.

Stellen wir uns die Konsequenzen vor. Was würde passieren, wenn die EU-Waffenrichtlinien vom Schweizer Volk am 19. Mai angenommen würden:

- Die automatischen «Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands» würden uns bescheren, dass das Waffenrecht laufend verschärft wird. Erstmals 2020, anschliessend weiter im 5-Jahres-Rhythmus. Das Schützenwesen, wie wir es heute kennen, wird bald der Vergangenheit angehören. Viele Schweizer werden in einem zentralen Waffenregister fichiert oder gar wegen illegalen Waffenbesitzes, kriminalisiert.
- Wertvolle Sammlungen, seltene Waffen, Ordonnanzgewehre in Privatbesitz könnten nicht vererbt werden, würden im schlimmsten Fall vom Staat eingezogen.
- Ein immer grösser werdender Beamtenapparat würde hohe Kosten verschlingen, Waffenbesitz – wenn überhaupt noch möglich – würde das Privileg wenig Vermögender sein.

Warum also sollen wir ein gut funktionierendes Schweizer Waffengesetz ändern? Ein Gesetz, welches notabene überhaupt keinen Einfluss auf Terrorismus und bewaffnete Kriminalität hat?



Hängt das möglicherweise damit zusammen, dass die ganze Thematik von der Verwaltung vorbereitet und einfach durchgewunken wurde, so wie dies immer öfter passiert? Oder läuft es darauf hinaus, dass «interessierte Kreise» den «Weg nach Europa» ebnen und beschleunigen wollen?

Wenn wir die Heimtücke erkennen und uns für einen souveränen, freiheitlichen Staat entscheiden, uns gegen die Erpressung seitens der Europäischen Union wehren, werden wir dann sofort aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen?

Nein!

Die Schweiz kann die Angemessenheit von Schengen-Dublin-relevanten Rechtsakten und Massnahmen mit Rücksicht auf die Gesetzgebungsverfahren und die direkte Demokratie beurteilen. Wie diese Beurteilung ausfällt, scheint glasklar zu sein.

Wird, wie im vorliegenden Fall möglich, die Weiterentwicklung nicht angenommen, tritt ein Gemischter Ausschuss zusammen, welcher innerhalb von 90 Tagen entscheidet, ob beide Assoziierungsabkommen der Schweiz mit den Schengen-Dublin-Staaten ausser Kraft treten sollen. Der Entscheid des Gemischten Ausschusses, die Zusammenarbeit fortzusetzen, muss einstimmig sein. Dass der Schweiz mit grösster Wahrscheinlichkeit kein Ausschluss droht, wurde heute schon erwähnt.

Ich erinnere:

- Die Schweiz bezahlte seit 2008 57 Millionen Franken zugunsten des Schengen-Dublin-Abkommens.
- Die Zusammenarbeit mit der neutralen Schweiz, welche sich ja bekanntlich im Zentrum von Europa befindet, ist für die Sicherheitspolitik in Europa zentral. Darauf kann und will keine Strafbehörde verzichten.
- Sicherheitspolitische Interessen der EU verlangen nach einem Informationsaustausch mit der Schweiz. Dies war schon vor Schengen-Dublin so.
- Auch die EU will nicht, dass täglich über 300 000 Grenzgänger an der Schweizer Grenze ihre Pässe vorweisen müssen oder gar wieder unter eine Quote der Schweiz fallen könnten.
- Die Schweiz stellt für die EU kein Sicherheitsrisiko dar.
- Keine Partei, weder die EU noch die Schweiz, will und kann zusätzliche Kosten verursachen und bezahlen.
- Die Handelsbilanz zwischen der EU und der Schweiz zeigt einen Überschuss von 20,5 Milliarden Franken zugunsten der EU auf.
- Die Schweiz hat schon zwei Zahlungen von je 1,3 Milliarden Franken zugunsten des Kohäsionsfonds der EU vorgenommen.

Und – vergessen wir nicht: Unser geltendes Waffenrecht wurde 2005 von der EU gutgeheissen und es funktioniert hervorragend! Ich wage zu behaupten, es funktioniert besser als das EU-Recht. Wir brauchen keine neuen Vorschriften!



HISTORISCHE  
SCHÜTZEN  
SCHWEIZ

TIREURS  
HISTORIQUES  
SUISSE

TIRATORI  
STORICI  
SVIZZERA

### **Hütet Euch am Morgarten!**

Wir, die Historischen Schützen Schweiz, wollen nicht die Grenzen schliessen, wir wollen nur die eigene Handlungsfreiheit behalten und bewahren, für uns und die nachfolgenden Generationen.

Wir wehren uns dagegen, dass laufend Points of no Return gesetzt und rote Linien überschritten werden.

Wir wollen unseren Nachkommen eine freie, unabhängige, sichere Schweiz übergeben, in der die Bürgerrechte intakt sind und in der das Volk demokratisch entscheiden und mitbestimmen kann.

Wir stehen für unsere bewaffnete Neutralität ein.

### **Hütet Euch am Morgarten!**

Heute obliegt es mir, euch zu warnen, wie dies anno 1315 Ritter Heinrich von Hünenberg getan hat.

Damals erwarteten die Landleute von Uri, Schwyz und Unterwalden die Eindringlinge überall, nur nicht am Morgarten.

Heute steht unsere souveräne Schweiz auf dem Spiel – und nur wenige nehmen es wahr. Hütet euch, öffnet eure Augen und die aller Bürgerinnen und Bürger, welche auch in Zukunft in einem souveränen Staat ihre Bürgerrechte wahrnehmen wollen.

Andreas Stricker  
as@hischuetzen.ch